Hartz-Gesetze und Agenda 2010:

Wie es zum Angriff auf die Arbeitenden und Erwerbslosen kam

„Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die Tat der Arbeiter selbst sein“ - Karl Marx

rso

revolutionär sozialistische organisation

Einleitung

„Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ – das war der Hauptslogan der CDU, mit dem die Partei von Angela Merkel 2017 in den Wahlkampf zog. Das passt… wenn man zu den Superreichen gehört und auf die gigantischen Gewinne der Unternehmen sieht, die seit Jahren einen Rekordgewinn nach dem anderen melden. Das „deutsche Modell“ mit brummender Wirtschaft und – nicht nur Dank statistischer Tricks – niedriger Arbeitslosigkeit gilt als Vorbild für die europäischen Großkonzerne und ihre Dienern in der Politik. Aber es gibt auch die Kehrseite der Medaille: die prekären Jobs, Altersarmut, Unsicherheit. Und das trifft längst nicht nur die „niedrig Qualifizierten“. Ein Berufs- oder Universitätsabschluss ist keine Garantie mehr für einen gut bezahlten und sicheren Job. Kürzlich hat das Hilfswerk Oxfam eine neue Studie herausgegeben, wonach die Ungleichheit in Deutschland die zweithöchste in der Euro-Zone ist. Die 40 reichsten Deutschen allein verfügen laut Oxfam über ebenso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der hiesigen Bevölkerung. Eine Arbeiterin oder ein Angestellter muss im Schnitt 157 Jahre arbeiten, um das Jahreseinkommen eines DAX-Chefs zu erzielen[1]. Um die Arbeitenden soll es in dieser Broschüre gehen.

Mit welchen ausgeklügelten Maßnahmen wurde die Arbeiterklasse in Deutschland – die Arbeitenden genauso wie die Erwerbslosen – so diszipliniert, dass heute mehr als 20% aller Jobs als prekär gelten? Was das für die Zukunft bedeutet, können wir längst erahnen. Insbesondere für die Zukunft der Jugendlichen heute, die ihr Berufsleben noch vor sich haben. Sie müssen schon heute mit viel zu niedrigen Löhnen wenig oberhalb von Hartz IV zurechtkommen. Sie sollen früher oder später mit einer Rente auskommen, die unvorstellbar niedrig ist. Im Zentrum dieser Broschüre stehen die Instrumentarien des „Hartz IV“-Systems mit skandalös niedrigen Sozialleistungen auf der einen Seite und den Jobcentern mit all ihren Methoden zur Überwachung, Kontrolle und Sanktionierung der Arbeitslosen und Arbeitenden auf der anderen Seite. Für die Einführung dieser Instrumentarien ist die rot-grüne Bundesregierung (1998-2005) unter dem Sozial-

---

1 Oxfam Deutschland: Der Preis der Profite, Januar 2018, deutsche Zusammenfassung und Ergänzung des Kampagnenreports „Reward Work, not wealth – To end the inequality crisis, we must build an economy for ordinary working people, not the rich and powerful“. Vollständiger Text unter https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/reward-work-not-wealth

demokraten Gerhard Schröder verantwortlich. Diese Regierung setzte alle die Maßnahmen durch, die unter den Namen Hartz-Gesetze, Agenda 2010, aber auch als Gesundheits- oder Rentenreform (unter anderem die „Riester-Rente“) bekannt geworden sind und massive Kürzungen bei den Sozialleistungen bedeuteten und immer noch bedeuten.

Die sog. Hartz-Gesetze gehen zurück auf eine Expertenkommission, die im Februar 2002 von der Bundesregierung eingesetzt und im August 2002 ihre Vorschläge veröffentlichte. Diese Kommission war eine wirkliche „Große Koalition“ aus Wirtschaftsvertretern, Forschungsinstituten und Gewerkschaftsverantwortlichen.

Als Gerhard Schröder am 14. März 2003 unter dem Titel „Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“ in einer Bundestagsrede die „Agenda 2010“ verkündete, läutete er die nächste Runde des Sozialabbaus ein: *„Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen“*, drohte Schröder. Und weiter: *„Gewiss: Wir werden erhebliche Einsparungen durch Umstrukturierungen im System und durch Abbau von Bürokratie erreichen. Aber es wird unausweichlich nötig sein, Ansprüche und Leistungen zu streichen. Ansprüche und Leistungen, die schon heute die Jüngeren über Gebühr belasten und unserem Land Zukunftschancen verbauen.“* Die Angriffe auf die Arbeiterklasse wurden nicht versteckt.

Der Großangriff auf breite Schichten der Bevölkerung hatte bereits begonnen: Die private Rentenversicherung war eingeführt, mit einer Steuerreform Unternehmenssteuern gesenkt, die Leiharbeit war weiter flexibilisiert worden, Minijobs erleichtert, Möglichkeiten befristeter Verträge waren ausgeweitet worden, für die über 50-jährigen sogar ohne jede Begrenzung, die Arbeitsämter wurden umstrukturiert. Und der Angriff sollte mit der Kürzung der Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld, der Zusammenlegung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe – weit verbreitet wird von Hartz IV-Reform gesprochen – und einigen Lockerungen beim Kündigungsschutz die nächste Etappe nehmen.

Aber die Durchsetzung des „Hartz IV-Systems“ blieb – so wie die meisten der Reformen der rot-grünen Regierung – nicht ohne Gegenreaktion. Hunderttausende gingen 2003 und 2004 auf die Straße und boten die Stirn. Auch darum geht es in dieser Broschüre.

Januar 2018

Schröders Agenda 2010 – ein Großangriff auf die Arbeitenden

Eine „unheilige Allianz“ zur Durchsetzung der Hartz-Maßnahmen

Aus Anlass eines Skandals bei den Arbeitsämtern um geschönte Statistiken und vor dem Hintergrund sehr hoher Erwerbslosenzahlen hatte die rot-grüne Bundesregierung im Februar 2002 eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge zur Arbeitsmarktpolitik machen sollte. Um zu verstecken, dass im Dienste der Unternehmen ein Großangriff auf die Arbeits- und sozialen Rechte geplant war, setzte sich die Kommission aus verschiedenen „Experten“ zusammen. In der Runde saßen Vertreter von Großunternehmen, Banken und Unternehmensverbänden, Vertreter der Gewerkschaften ver.di und IG Metall sowie Wissenschaftler von Forschungsinstituten. Die Kommission wurde von Peter Hartz, damals im Top-Management von Volkswagen, SPD-Mitglied und selbst IG Metall-Mitglied, geleitet.[2]

Allerdings waren die sog. „Experten“ überhaupt nicht unabhängig in ihren Überlegungen. Nicht nur machten die großen Unternehmen und ihre Verbände seit längerem einen Riesenlärm und beklagten sich über die angeblich hohen „Lohnnebenkosten“[3], die hohen Löhne und angeblich zu starren und kurzen Arbeitszeiten usw. – also über fast alles, was an Arbeitsrechten existierte. Das deutsche System aus Tarifverträgen (abgeschlossen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen bzw. Arbeitgeberverbänden) und Betriebsvereinbarungen (abgeschlossen zwischen Betriebsräten und Unternehmen) wurde als „zu starr“ angegriffen oder gar generell in Frage gestellt. Damit war die Marschrichtung klar abgesteckt. Zusätzlich hatten die Unternehmen mit Hilfe der Bertelsmann-

2 eine Liste der Mitglieder der Hartz-Kommission findet sich auf https://de.wikipedia.org/wiki/Hartz-Konzept#Zusammensetzung

3 Das sind vor allem die Sozialversicherungsbeiträge für Krankenkasse, Rente, Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung, die Teil des Bruttolohnes sind; aber auch Beiträge der Unternehmen zur gesetzlichen Unfallversicherung etc.

Stiftung[4] bereits ihre Pläne ausgearbeitet und die Hartz-Kommission damit praktisch an der kurzen Leine.

Die Vorschläge der Kommission wurden im August 2002 veröffentlicht und in vier Phasen zwischen 2003 und 2006 umgesetzt. Das sogenannte „Hartz I“-Gesetz beinhaltete vor allem die Deregulierung der Leiharbeit. Praktisch unbegrenzt konnten seitdem Leiharbeitnehmer irgendwo eingesetzt werden[5]. Und obwohl das Gesetz den Grundsatz „Gleiche Arbeit – Gleicher Lohn“ festschrieb, verdienen diese Arbeitenden heute noch im Durchschnitt 42% weniger als Stammbeschäftigte[6]. Möglich ist das, weil das Gesetz Tarifverträge mit schlechteren Löhnen und Arbeitsbedingungen erlaubt – und die Gewerkschaften haben die Forderungen der Unternehmen nach solchen Tarifverträgen bis heute erfüllt[7]. Das folgende „Hartz II“-Gesetz erleichterte Mini- und Midijobs (Jobs bis 400 € und bis 800 € mit geringer Sozialversicherung und geringen Steuern) und erschuf die neuen Jobcenter – eine gemeinsame Einrichtung der Arbeitsagenturen und der Kommunen. Mit dem sogenannten „Hartz III“-Gesetz ging es mit den Umstrukturierungen der Arbeitsagenturen (Arbeitsämter) weiter. Und schließlich mit Hartz IV wurde ein Kernstück der Reform der Sozialleistungen umgesetzt. Das Gesetz trat zum 1. Januar 2004 in Kraft. Zum Januar 2005 wurden die frühere Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe[8]

---

4 Die Bertelsmann Stiftung wurde 1977 vom Großverleger Reinhard Mohn (Chef des Bertelmann-Konzerns mit Büchern, Zeitungen, Fernsehsendern und Musiklabels) gegründet. Die Bertelsmann Stiftung gilt als zentrale Institution bei der Verbreitung neoliberaler Ideologie (in ihren Worten „Förderung von Reformprozessen“ und „Prinzipien unternehmerischen Handelns“), um eine „zukunftsfähige Gesellschaft“ aufzubauen. Sie hat großen Einfluss auf Politik und Medien.

5 Erst Ende 2016 wurde dies durch ein neues Gesetz auf maximal 18 Monate begrenzt; aber die Schlupflöcher für Unternehmen wurden passenderweise gleich mit eingebaut

6 Bundesagentur für Arbeit, Aktuelle Entwicklungen der Zeitarbeit, Juli 2017, Kapitel 6; im Jahresdurchschnitt 2016 waren 991.000 Menschen in Leiharbeit beschäftigt, Tendenz steigend; Leiharbeiternehmer sind überdurchschnittlich eher jung, männlich und mit migrantischem Hintergrund; 5% der Leiharbeitnehmer erhalten zusätzlich „Hartz IV“-Leistungen

7 die aktuellen Tarifverträge sind abrufbar unter http://www.dgb.de/tarifrunde-leiharbeit/tarifvertrag-zeitarbeit-leiharbeit-dgb-igz-bap-tarifinfo-mit-tariftabelle-und-entgeltgruppen-ost-west

8 Vor den Hartz Reformen gab es im Wesentlichen das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe. Das Arbeitslosengeld orientierte sich in seiner Höhe – wie auch das heutige Arbeitslosengeld I – an der Höhe des vorigen Lohnes

abgeschafft und ein neues Arbeitslosengeld II eingeführt (umgangssprachlich hat sich die Bezeichnung Hartz IV für diese Sozialleistung durchgesetzt). Das bedeutete nicht nur ganz massive Kürzungen der Leistungen. Dazu wurde unter dem Schlagwort „Fordern und Fördern“ ein brutales System an „Eingliederungsmaßnahmen“und Sanktionen etabliert. Für Arbeitslose bedeuteten die Änderungen, dass nur noch maximal 12 Monate Arbeitslosengeld bezahlt wird (für Ältere sind es 15 bis maximal 24 Monate). Dieses Arbeitslosengeld beträgt 60% bzw. bei Kindern 67% des letzten Nettogehaltes (also des letzten Lohns abzüglich Sozialversicherung und Steuern). Aber 12 Monate können schnell rum sein. Und wer immer wieder nur kurz in Arbeit ist, schafft es überhaupt nicht rein in das System des Arbeitslosengelds. Dann bleibt nur der Weg zum Jobcenter und Hartz IV (Arbeitslosengeld II).

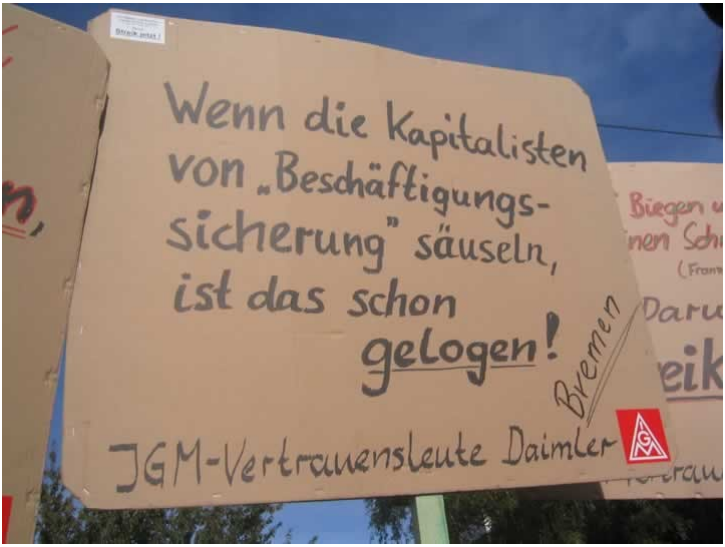
Alles zum Wohle der Großunternehmen

Auch wenn versucht wurde, die Ziele der Hartz-Kommission und der Agenda 2010 hinter Schlagworten wie „Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“ oder „Vermittlung von Arbeitslosen in Arbeit statt Verwaltung der Arbeitslosigkeit“ zu verstecken. Es war mehr als deutlich, worum es ging: Arbeitslose sollten gezwungen werden, prekäre Jobs mit extrem niedrigen Löhnen zu akzeptieren (einen gesetzlichen Mindestlohn gab es zu dieser Zeit nicht) und die, die noch Arbeit hatten, sollten dazu gebracht werden, die ständigen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Und Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und Massenentlassungen gab es Anfang der 2000er viele. Wir erinnern uns noch an die Entlassungen im Siemens-Konzern und bei BenQ, Opel in Bochum, Karstadt oder Samsung und Bosch-Siemens-Hausgeräte in Berlin oder die vielen „Bündnisse für Arbeit“, wie bei

---

und wird aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung bezahlt. Bis zu den Hartz-Reformen war es möglich, maximal 32 Monate lang Arbeitslosengeld zu erhalten. Mit den Hartz-Gesetzen wurde das Arbeitslosengeld auf zunächst maximal 18 (seit 2008 24 Monate für ältere Erwerbslose) beschränkt. Die ehemalige Arbeitslosenhilfe, die nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes aus Steuergeldern bezahlt wurde, orientierte sich am früheren Einkommen. Bedingung war, zuvor eine gewisse Zeit sozialversichert gearbeitet zu haben. Bis zu ihrer Abschaffung wurden zuletzt 53% des letzten Nettolohns als Arbeitslosenhilfe gezahlt. Die Sozialhilfe gab (und gibt) es für Menschen, die keine Anspruch auf Arbeitslosengeld oder –hilfe hatten. Sowohl Arbeitslosen- als auch Sozialhilfe waren schon sehr niedrig, aber insgesamt wegen eines ganzen Bündels an Zuschüssen und der Orientierung am letzten Nettolohn deutlich höher als Hartz IV, auch die Verpflichtungen und Sanktionen waren weniger streng

DaimlerChrysler, die den Beschäftigten Zugeständnisse bei den Löhnen und Arbeitszeiten abpressten gegen ein Versprechen auf Erhalt des Standortes… ein Versprechen, das immer wieder gebrochen wurde. Die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen blieben aber.



Solidaritätsdemonstration bei Opel Bochum Oktober 2004

Die Arbeitslosigkeit war hoch. 2003 lag die offizielle Arbeitslosenquote bei 10,5 %[9]. Wer war dafür verantwortlich? Die Gewerkschaften und die hohen Löhne! So die offiziellen Statements der Unternehmen und ihrer Verbände und der Politik. Verrückte Welt... kapitalistische Logik.

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie veröffentlichte 2002 folgende Erklärung zu den Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit: *„Dennoch kommt den Tarifparteien ein erheblicher Teil der Verantwortung für die Arbeitslosigkeit bei den gering Qualifizierten zu. Durch die Sockelbeträge, die bei den Tarifverhandlungen immer wieder von neuem gefordert und gewährt wurden, kam es zu einer erheblichen Egalisierung der Lohneinkommen und einer Vernichtung von Stellen im Niedriglohnbereich.“* Beklagt wird sich in dem Papier darüber, dass die bisherige Sozialhilfe als eine Art Untergrenze verstanden wurde und die

9 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosen quote-in-deutschland-seit-1995/

untersten Lohngruppen mit einem gewissen Abstand dazu höher ausfallen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze setzt aber nach Meinung der Autoren *„eine substanzielle Senkung der Arbeitskosten im Niedriglohnbereich voraus.“* Übersetzt: Löhne und Sozialversicherung müssen sinken, ein neuer Niedriglohnbereich muss geschaffen werden. Und weiter: *„Die Tarifvertragsparteien müssen ihren Beitrag zur Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze im Bereich gering qualifizierter Arbeit leisten, indem sie die vergangene Entwicklung teilweise korrigieren und eine Absenkung der unteren Lohngruppen vornehmen. Die damit verbundene Herausforderung ist beachtlich. Wählt man die Resultate einer neueren ökonometrischen Studie zum ungefähren Anhaltspunkt, so macht allein die Halbierung der Arbeitslosenquote im Bereich gering qualifizierter Arbeit eine Reduktion der dortigen Nominallöhne in der Größenordnung von etwa 20 v.H. erforderlich.“*[10] Der Bezug auf „gering Qualifizierte“ war dabei nur ein Vorwand, um davon abzulenken, dass es letztlich um alle Beschäftigten ging: neue Niedriglöhne und allgemein Kürzung des Lohnniveaus um 20%, das war die Zielmarke! Schon unter der Vorgängerregierung aus CDU und FDP wurde der Druck auch auf Arbeitslose mit Berufs- und Uniabschlüssen erhöht, geringer bezahlte und „niedrigerwertige“ Tätigkeiten anzunehmen. Was als „zumutbarer“ Job gilt, wurde ausgeweitet. Bereits seit 1. April 1997 gilt für Arbeitslose faktisch kein Schutz der Qualifikation mehr und nur eine zeitlich eng begrenzte Bestandssicherung der Entgelthöhe aus dem letzten Job. Mit anderen Worten: will ein arbeitsloser Mensch Sanktionen des Arbeitsamtes vermeiden, muss er (fast) jeden Job annehmen. Das wurde mit den Hartz-Gesetzen noch verschärft. Für Bezieher von Hartz IV sollte es überhaupt keine Grenze der „Zumutbarkeit“ mehr geben. In die Mühle des Jobcenters geraten sowohl „gering Qualifizierte“ wie auch „höher Qualifizierte“. Eine massive Absenkung des Lohnniveaus betraf ab den 2000er Jahren eine Vielzahl an Branchen und Berufen, sowohl die Leiharbeit, als auch die Pflegebranche und den Weiterbildungsbereich. Aber auch unter Lehrenden an Hochschulen und bei Sozialeinrichtungen wie in vielen Bereichen des Öffentlichen Dienste und der Industrie ist Prekarität längst verbreitet. Wenn wir auf das Ergebnis der Angriffe schauen, gibt es keinen Zweifel, dass die Angriffe sich gegen den Arbeits- und Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse richteten.

In einem Arbeitspapier aus dem Jahr 2006 brachte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag noch einmal die Erwartungen auf den Punkt: *„Es*

---

10 Refom des Sozialstaats für mehr Beschäftigung im Bereich im Bereich gering qualifizierter Arbeit, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, August 2002

muss daher selbstverständlich werden, dass Jobs zu Stundenlöhnen von zum Beispiel 3 oder 4 Euro angenommen werden und das auf diese Weise erwirtschaftete Einkommen dann auf den individuellen Hilfesatz aufgestockt wird. (…) Leistungsempfängern, die als Gegenleistung für den Transferbezug [gemeint sind Sozialleistungen] *nicht bereit sind, durch eine auch niedrig entlohnte Tätigkeit das Ausmaß ihrer eigenen Hilfebedürftigkeit aus eigener Kraft so weit wie möglich zu verringern, sollten daher die Zahlungen gekürzt werden – und zwar unverzüglich und damit bereits in den Fällen, in denen ein Hilfeempfänger erstmalig nicht nachweisen kann, dass er für die Ablehnung eines Job-Angebots oder einer in der Eingliederungsvereinbarung festgelegten Pflichten einen wichtigen Grund hatte.“*[11]

Hilfe, McKinsey kommt!

Aber wie bekommt man Menschen dazu, für drei oder vier Euro zu arbeiten? Oder sich von einem Leiharbeitsjob zum nächsten, von einem befristeten Vertrag zum nächsten zu hangeln?

Es wurde ein ganzes System an Maßnahmen und Sanktionen erschaffen, gleichzeitig Möglichkeiten von Rechtsschutz (Widerspruch und Klage) erschwert und Angestellte der Jobcenter zu Komplizen gemacht. Das war eine riesige Aktion in wahnsinnig kurzer Zeit und irre komplex – und nur deshalb „erfolgreich“, weil diese Reform von allen Parteien im Bundestag gewollt war,[12] weil die Bourgeoisie gut vorbereitet und organisiert war – Presse, Wissenschaftler und andere „Experten“ und natürlich verschiedene Spitzenpolitiker ließen diese Reformen „alternativlos“ erscheinen, um den „Standort Deutschland“ und seine Arbeitsplätze zu erhalten – und weil die Gewerkschaftsführungen die Pläne unterstützten, wenn auch mit ein paar leisen kritischen Worten und mahnendem Zeigefinger.
Für die Hilfe beim Aufbau der Jobcenter und Ausformulieren der Gesetze erhielten private Beratungsunternehmen wie McKinsey, Boston Consulting, Ernst&Young, IBM Deutschland oder Accenture natürlich nicht nur vier Euro

---

11 Mehr Chancen am Arbeitsmarkt – Für einen besseren Einstieg Arbeitsloser, DIHK-Arbeitspapier, Januar 2006

12 Die LINKE existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht; im Bundestag saßen lediglich zwei Abgeordnete der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS – eine der beiden Vorgängerparteien der späteren LINKEN) ohne Fraktionsstatut als Einzelabgeordnete

pro Stunde, sondern insgesamt fast 200 Millionen Euro… vielleicht auch mehr, wer weiß das schon.[13]

Das Prinzip Jobcenter – wenn mit „Vermittlung“ eigentlich Verfolgung der Arbeitslosen und Arbeitenden gemeint ist

Zu der Reform gehörte es, die Sozialleistungen zu pauschalieren. So wurden neue Regelsätze errechnet, mit denen der gesamte Lebensunterhalt bestritten werden sollte. 2005 betrug der Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen gerade einmal 345 EUR pro Monat im Westen und 331 EUR im Osten. Ab 2018 liegt der Regelsatz bei 416 EUR monatlich. Kann man sich vorstellen, davon auch nur ein paar Monate zu leben? Um es plastisch zu machen: In dem Betrag sind 142,60 EUR für Lebensmittel und Getränke vorgesehen. Das macht 4,69 pro Tag – selbst für Deutschland, wo im Durchschnitt viel weniger für Lebensmittel ausgegeben wird als beispielsweise in Frankreich, ist das viel zu wenig. Für Strom und Gas sind 36,22 EUR vorgesehen, für Gesundheit 15,54 EUR usw. Das sind die Beträge für alleinstehende Erwachsene. Leben zwei Menschen in Ehe oder Partnerschaft, werden nur 90% des Regelsatzes pro Person angesetzt. Für Kinder und Jugendliche sind es pauschal 80% oder 90%. Was heißt es für Eltern, wenn für ihr 4-jähriges Kind nur knapp über 80 EUR monatlich für Ernährung zur Verfügung stehen?

Kosten für Unterkunft und Heizung kommen zwar dazu, aber im Gesetz gibt es keine klaren Regeln, bis zu welcher Höhe die Miete vom Jobcenter übernommen werden muss. Das bedeutet permanente Unsicherheit für die Betroffenen, erzwungene Umzüge und Streit vor den Gerichten. Dazu kommen die großen Probleme, überhaupt noch billige Wohnungen zu finden.

Schon vor der Einführung von Hartz IV gab es jede Menge „Maßnahmen“ der Arbeitsämter, um die Arbeitslosen in Arbeit „zu vermitteln“. Aber mit Hartz IV hat das kolossale Ausmaße angenommen. Wer sich das erste Mal beim Jobcenter meldet, kann sicher sein, erstmal ein vierwöchiges „Bewerbungstraining“ zu bekommen. Das trifft den schwerkranken Tischler genauso wie den Programmierer oder die Wissenschaftlerin. Ergibt das Sinn? Das ist nicht die Frage. Das ist gut für die Statistik, denn durch

13 http://www.bild.de/geld/wirtschaft/bundesagentur-fuer-arbeit/knapp-200-millionen-euro-fuer--mckinsey-und-co-52229864.bild.html

solche „Maßnahmen“ sinken die Arbeitslosenzahlen… auf dem Papier.[14] Und die Politik erwartet, dass sie mit sinkenden Arbeitslosenzahlen die harten Maßnahmen und Kürzungen leichter rechtfertigen kann. Private Unternehmen, die diese „Bewerbungstrainings“ organisieren, verdienen ordentlich daran. Und falls ein Arbeitsloser ablehnt oder den Kurs abbricht, kriegt er eine Kürzung. Das ist auch gut für die Statistik. Es gibt zig solcher Programme, in denen Unternehmen auf der Suche nach Jobs abgeklappert und die Arbeitslosen „gecoacht“ werden. Mit vielen Millionen werden solche Programme gefördert. Nicht selten werden sie von den Betroffenen als völlig Panne empfunden. Der bekannte Journalist Günter Wallraff hat eine Reportage über Jobcenter gemacht, in der er zeigt, wie Langzeitarbeitslose als Abwechslung zum Motivationstraining Lamas Spazieren führen.[15] Verrückt? Nicht ganz. Denn die Statistik sieht besser aus und die privaten Vereine und Unternehmen, die die Programme abwickeln, sind auch zufrieden. Und falls Arbeitslose zufällig durch ein solches Programm einen Job finden sollten, fließen in der Regel auch noch Zuschüsse an den neuen „Arbeitgeber“. Erwerbslose haben natürlich die Wahl, ob sie bei solchen Maßnahmen mitmachen. Aber was passiert wenn sie sich entscheiden, ein Angebot nicht anzunehmen? Dann droht eine Kürzung ihrer Bezüge.

Zu den Maßnahmen gehören auch die sogenannten „Ein-Euro-Jobs“. Verkauft werden solche „Jobs“ unter dem Deckmantel zusätzlicher Arbeit im öffentlichen Interesse. Die Arbeitenden erhalten keinen regulären Arbeitsvertrag, obwohl sie oft 30 Stunden pro Woche arbeiten. Sie haben auch keine sozialen Rechte. Sie erhalten lediglich eine zusätzliche „Aufwandsentschädigung“ von etwa 1,50 EUR – aber das kann auch weniger sein, für Flüchtlinge sind es pauschal 0,80 EUR[16]. Tatsächlich sind das aber oft Arbeiten im Öffentlichen Dienst oder Sozialbereich der Kommunen, bei Wohlfahrtsverbänden, sozialen Selbsthilfegruppen und Weiterbildungsträgern oder im Pflegebereich. Stellen wurden gestrichen,

---

14 Die Statistik misst die Anzahl der Erwerbslosen und ihren Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung. Jenseits der offensichtlichen Propagandawirkung von niedrigen Arbeitslosenquoten bei Wahlen und um der Unzufriedenheit der Bevölkerung zu begegnen, ist die Arbeitslosenquote auch eine wichtige ökonomische Kenngröße beim „Ranking“ von Volkswirtschaften. An diesen Rankings hängen indirekt die Höhe der Zinsen für Staatsschulden, der Wert der Währung und die Attraktivität für ausländisches Kapital.

15 https://www.stern.de/wirtschaft/news/team-wallraff--die-5-schlimmsten-skandale-im-jobcenter-5920184.html

16 http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fluechtlinge-ein-euro-jobs-fuer-fluechtlinge-sind-nur-cent-jobs-1.3027433

staatliche Gelder gekürzt… und die Arbeiten werden nun Hartz IV-Empfängern übertragen, für die keine Löhne gezahlt werden müssen und bei denen das Jobcenter pro Mensch auch noch mehrere Hundert Euro dazu gibt.. Oder die „Jobs“ sind völlig sinnfrei, wenn beispielsweise Mauern errichtet und gleich wieder eingerissen werden[17]... Ein-Euro-Jobs gab es schon unterm alten Sozialsystem. Aber mit der Reform haben diese Jobs ein ungeheures Ausmaß angenommen. Fast 756.000 Menschen wurden 2006 in solche Maßnahmen gezwungen. Nach vielen Skandalen und Kritik nimmt die Zahl stetig ab. Im Jahr 2016 waren es noch fast 220.000 Menschen[18]. Und auch hier: nimmt ein Betroffener ein „Angebot“ nicht an, drohen Kürzungen.

Montagsdemonstration Leipzig August 2004

Die Verschärfung von Sanktionen ist eines der Kernstücke der Hartz IV-Reform. Auch unter der alten Gesetzeslage gab es schon Sanktionen. Doch seit 2005 haben sowohl die Anlässe, aus denen sanktioniert werden darf, als auch der Umfang der Kürzungen ungeheuerlich zugenommen. Wer eine „Eingliederungsvereinbarung“ nicht erfüllt, wer nicht genug Bewerbungen schreibt, wer eine Maßnahme nicht anfängt oder abbricht, einen „zumutbaren“ Job nicht antritt oder beendet – und zumutbar konnte

17 https://www.neues-deutschland.de/artikel/63578.ein-euro-jobs-und-tschues.html?sstr=

18 Bundesagentur für Arbeit, Statistik, Arbeitsgelegenheiten - Deutschland, West/Ost, Länder (Zeitreihe Jahreszahlen) - Dezember 2016

auch ein Job für sechs Euro brutto pro Stunde sein! –, wer einen Termin beim Jobcenter nicht einhalten kann, wer sich bei einem Maßnahmeträger nicht rechtzeitig meldet oder dort nicht den richtigen Ansprechpartner erreicht… alles und jedes droht sanktioniert zu werden. Und die Kürzungen sind heftig. Bei einem ersten Verstoß werden für drei Monate 30% der Regelleistungen gestrichen, bei einem weiteren Verstoß sind es schon 60%. Am schlimmsten trifft es die jungen Erwachsenen unter 25 Jahre. Schon beim ersten Verstoß wird die Regelleistung vollständig gestrichen und nur noch Miete und Heizung bezahlt! Überhaupt ist der Druck auf die jungen Erwachsenen am stärksten. Leben sie in einer Hartz IV-Familie, dürfen sie ohne Zustimmung des Jobcenters nicht ausziehen. Sie sind die ersten, die prekäre Jobs in der Leiharbeit oder sinnlose Beschäftigungstherapien angeboten bekommen. Viele Hartz IV-Empfänger versuchen, ganz penibel allen Forderungen des Jobcenters gerecht zu werden. Aber das ist unmöglich. Ein Jobcenter ist wie ein Dschungel. Abgegebene Unterlagen gehen verloren, Ansprechpartner wechseln ständig, die Akte wandert kreuz und quer durchs Haus, Termine werden kurzfristig und völlig willkürlich festgesetzt und Entschuldigungen, warum man gerade zu diesem Zeitpunkt nicht konnte, warum die „angebotene“ Arbeit unzumutbar ist oder was auch immer, werden nicht akzeptiert. Die Forderungen der Jobcenter treffen aber auch Menschen mit verschiedensten Krankheiten, Drogenproblemen und Schwierigkeiten aller Art. Auch sie werden sanktioniert. Für die Betroffenen ist das mit vernünftigem Menschenverstand nicht in den Griff zu kriegen. Dennoch ist das System so aufgebaut, dass immer den Hartz IV-Empfängern die Schuld an ihrer Situation gegeben wird. Das zeigt sich auch an der hohen Zahl der verhängten Sanktionen. Mehr als 944.000 Menschen wurden innerhalb des letzten Jahres ihre Hartz IV-Bezüge gekürzt[19]. Ein Skandal. Denn den Betroffenen – und ihren Familien – fehlt dann das Allernötigste und sie rutschen unter das Existenzminimum!

Und dazu kommen noch die komplizierten, mehrfach geänderten, Regularien zur Anrechnung von Lohn, Kindergeld, Gespartem, Lebensversicherungen, Geldgeschenken usw. Nichts ist sicher vor der

---

19 Bundesagentur für Arbeit, Statistik, Anzahl neu festgestellter Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) nach Gründen - gleitende Jahressumme, August 2017; Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Kipping u.a. und der Fraktion DIE LINKE betreffend „Klagen und Widersprüche, Sanktionen bzw. Leistungseinschränkungen im Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuch“ - BT-Drs. 18/11950

Überwachungsmaschinerie der Jobcenter… nicht einmal das bisschen, was Hartz IV-Bezieher durch Betteln in der Einkaufszone zusammenkratzen![20]

Wer in das Hartz IV-System reingerutscht ist, sieht sich einem Dickicht an Gesetzen, Verordnungen, Weisungen und Formularen gegenüber, die selbst für engagierte Anwälte und Berater in Selbsthilfegruppen kaum zu verstehen sind. Manche Jobcenter haben deswegen einen neuen „Beruf“ erschaffen: den Bescheiderklärer. Für die Hartz IV-Empfänger bedeutet das System endlose Warterei, bereits in der „Eingangszone“ abgewimmelt zu werden, falsche Auskünfte zu bekommen, ein „Fallmanager“, der maximal fünf Minuten Zeit für „Beratung“ und Auskünfte hat, für Nachfragen gibt es eine Hotline, die keine Fragen beantworten kann. Es ist keine Seltenheit, dass abgegebene Unterlagen im Jobcenter verlorengehen. Briefe und Bescheide sind unverständlich und zu oft falsch, um überhaupt irgendwelche Zahlungen zu erhalten, muss das ganze Leben vor den Fallmanagern ausgebreitet werden, dazu kommt das Ausspionieren von Bankkonten, Befragen von Nachbarn und auch mal der ungebetene Besuch des Prüfdienstes, der in der Wohnung rumschnüffeln will…. Das ist demütigend und zermürbend und immer verbunden mit der Angst, Miete oder Strom mal nicht bezahlen zu können. Nur die Wenigsten sind in der Lage, sich gegen diese Unzumutbarkeiten individuell zu wehren. Man muss ganz schön taff sein, um dagegen zu halten. Die hohe Zahl an Widersprüchen und Klagen, die von den Hartz IV-Empfängern gewonnen werden, geben einen kleinen Eindruck, mit welcher Willkür man zu kämpfen hat.[21]

In gewisser Weise waren die Hartz-Reformen ein Erfolg... auf dem Rücken der Arbeitenden. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, und das nicht nur durch statistische Tricks. Deutschland ist eines der Industrieländer mit der niedrigsten Arbeitslosenquote. Die Zahl an Jobs steigt. Aber was für Jobs! Teilzeit- und Minijobs haben zugenommen, ein massiver Niedriglohnsektor hat sich gebildet. Gerade für die Jungen bedeutet der Beginn des Arbeitslebens Leiharbeit und Befristungen. Die Zahl der Menschen, die

20 Die Ruhrnachrichten berichteten in einem Artikel am 18. November 2017 über einen Dortmunder Bettler, dem das Hartz IV wegen „Nebeneinkünften“ gekürzt wurde – abrufbar unter https://www.ruhrnachrichten.de/Staedte/Dortmund/Dortmunder-Bettler-wurde-Hartz-IV-gekuerzt-1011900.html

21 Im Jahr 2011 waren 36,1 % aller Widersprüche von Hartz IV-Empfängern erfolgreich und zusätzlich 44,1 % aller Klagen. 2016 waren 35 % aller Widersprüche ganz oder teilweise erfolgreich und 8 % der Klagen

Hartz IV bekommen, ist seit Jahren konstant hoch. Aktuell erhalten über 6 Millionen Menschen Alg II – Leistungen. 6,238 Mio. Menschen leben in Bedarfsgemeinschaften mit insgesamt 2,052 Mio. Kindern unter 18 Jahren.[22] Diese Zahl hat sich in den letzten Jahren nur wenig verändert. Das versteckt sich hinter dem „deutschen Jobwunder“.

Angestellte der Jobcenter und Agenturen für Arbeit werden zu Komplizen gemacht

Immer wieder packen Jobcenter-Angestellte aus und berichten von den furchtbaren Zuständen aus ihrer Sicht, aus der Sicht hinter den Schreibtischen.

Hinter dem Managersprech von Zielvereinbarungen, Ranking, Kennzahlen, Kundenströme und ähnlichem[23] steckt ein System, das die Angestellten zwingt, entweder die „Verfolgungsbetreuung“ der Harz IV-Empfänger mitzumachen oder zu gehen.

Angestellte der Jobcenter und Arbeitsagenturen sind nicht selten Quereinsteiger, die mit allen möglichen Berufsausbildungen und Erfahrungen anfangen. Aber eine ausführliche Schulung im Dickicht der Gesetze und Anweisungen erhalten sie nicht. Überhaupt klagen Angestellte stets über die Undurchsichtigkeit der Gesetze und Verordnungen. Wenn die da schon nicht durchsteigen, wie sollen das die Hartz IV-Empfänger schaffen? In der Regel werden auch Angestellte der Jobcenter und Arbeitsagenturen nur noch mit befristeten Verträgen eingestellt – wenn die Verlängerung des Arbeitsvertrages ansteht, dann wird ein Ranking zwischen den Beschäftigten anhand von dienstlichen Beurteilungen (Quantität, Qualität, „Kundenorientierung“ etc.) gemacht. Wessen Statistik gut aussieht und beim Chef beliebt ist, der hat bessere Chancen, bleiben zu können – kriegt vielleicht einen unbefristeten Vertrag oder zumindest eine weitere Befristung. Alle anderen müssen gehen… und stehen womöglich dann selbst auf der anderen Seite des Schreibtisches.

---

22 https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII-Nav.html

23 Bei der Umstrukturierung der Arbeitsagenturen und der Schaffung der Jobcenter wurden auch Managementmethoden aus der Privatwirtschaft eingeführt. Die Handschrift von McKinsey, das als Beratungsunternehmen beteiligt war und viele Millionen verdient hat, ist unübersehbar.

Wo es Sozialabbau gibt, gibt es auch Widerstand

Interview mit einer Aktivistin der Proteste gegen Hartz IV:

Hallo, zuerst beschreibe kurz deine Stadt, in der du lebst.

Es ist eine Kleinstadt mit ungefähr 40.000 Einwohnern im Südosten Deutschlands. Nach der Wende wurden viele der Industriebetriebe geschlossen oder wurden kleiner. Heute prägen Studenten das Stadtbild.

Und du selbst?

Ich selbst habe drei Kinder und war zur Wendezeit 30 Jahre alt. Ich habe an einer Universität gearbeitet. Aber 1991 hat die Uni gekündigt, weil kein Bedarf mehr an Historikern. Naja... Danach war es schwer, wieder Fuß zu fassen. Ich habe immer irgendwie gearbeitet mit ABM[24] und Leiharbeit.

Erzähl von den Hartz IV-Protesten in deiner Stadt. Wie sind sie gestartet?

Aus einem lokalen Bündnis heraus, das sich schon 2003 gegen die Gesundheitsreform gebildet hatte. Es nannte sich „Runder Tisch für soziale Gerechtigkeit“. Ich habe mich dann mit den Hartz IV-Protesten in diesem Bündnis engagiert. Die Rede von Schröder 2003 war ja eindeutig gewesen, wohin die Stoßrichtung geht. Es war klar, dass sich das ganze Gefüge ändert. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit rutscht man dann in Hartz IV, auch wenn man viele Jahre vorher beschäftigt war, aber das zählt dann nicht. Die Arbeitslosenhilfe vorher hatte sich am früheren Einkommen orientiert, auch wenn es wenig war, aber immerhin hatte es mit dem früheren Verdienst zu tun und es gab auch keine Pflicht, jeden Job anzunehmen, auch wenn der unter dem Qualifikationsniveau ist. Mit Hartz IV ist alles weg, es gibt keinen Bestandsschutz.

Wer hat an diesen Protesten teilgenommen und wer hat sie organisiert?

Teilnehmer waren Arbeitslose, vor allem auch Bezieher von Arbeitslosenhilfe, die dann von Hartz IV betroffen werden würden; prekär

24 ABM = Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; Jobs bei Kommunen, Vereinen und Sozialverbänden, die von den Arbeitsämtern finanziert wurden, später sind sie von den billigeren „1 Euro“-Jobs abgelöst worden

Beschäftigte, Rentner. Die Demonstrationen waren wirklich sehr gemischt, viele Ältere, weil deren Kinder oder Enkel ja betroffen waren, aber auch viele jüngere Leute. Die Demonstrationen waren immer montags. Das war eine Anknüpfung an die Montagsdemonstrationen in der DDR. Stark unterstützt wurden die Proteste von der PDS[25], besonders auch von einer Landtagsabgeordneten. Die Gewerkschaften waren präsent durch einzelne, sehr aktive Mitglieder, die sich aber meines Erachtens von sich aus eingebracht hatten, nicht aber als „Auftrag“ der Gewerkschaftsleitungen. Der DGB saß selbst mit in der Kommission, die die Hartz-IV-Gesetzgebung ausgearbeitet hat. Von den Gewerkschaftsführungen gab es keinen Widerstand gegen Hartz IV. Sie sahen sich vor allem als Interessenvertreter der Stammbelegschaften und kaum als der von Arbeitslosen.

Wie war die Stimmung?

Es war schön zu sehen, dass sich Menschen wieder für ihre eigenen Interessen eingesetzt haben und selbst aktiv wurden. An der ersten Demo nahmen ca. 500 Menschen teil, bis zum Jahresende wurde es weniger. Dann waren es etwa 30 bis 50, die regelmäßig kamen.
500 Demonstranten, das war viel für unsere Kleinstadt. Und die letzte Demonstration war 1999 gegen den Jugoslawienkrieg gewesen, danach nur mal kleine Mahnwachen gegen den Irakkrieg. Es war besonders, dass die Leute sich wieder mobilisieren lassen. Die Stimmung war kämpferisch, die Leute wollten was erreichen. Wenn man sagen würde, dass die Stimmung auf den Demonstrationen fröhlich war, wäre das übertrieben, weil der Anlass ja ernst war, aber es gab doch eine gute Stimmung. Jedenfalls anfangs. Dann, Ende 2004 war klar, dass sich das Gesetz nicht aufhalten lässt und dann war die Stimmung natürlich anders. Ich erinnere mich, dass wir am meisten gerufen hatten „wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut“.

Die Proteste hatten bei uns im August 2004 angefangen. Das ging dann über mehrere Monate, mit mal mehr mal weniger Leuten. Wir haben im Bündnis auch Busse organisiert und sind nach Berlin gefahren, wo es im Oktober – glaube ich – eine große Demonstration gegeben hatte.
Diese Montagsdemos gegen Hartz IV gab es ja in ganz Deutschland. Das hat für uns natürlich auch eine Rolle gespielt, dass das bundesweite

25 PDS = Partei des Demokratischen Sozialismus; Nachfolgepartei der früheren Staatspartei SED (Sozialistische Einheitspartei), die später mit der Wahlalternative zur „DIE LINKE“ fusionierte

Proteste waren und der Impuls aus Ostdeutschland gekommen war. Wenn ich mich richtig erinnere, fing das ganze in Magdeburg an. Ein Mann, der 1989 bei den Montagsdemonstrationen mitgelaufen war, hat das initiiert.

Auch als es mit den Protesten zurückging und sie dann aufhörten, hat sich der „Runde Tisch“ in unserer Stadt weiterhin mit ungefähr 20 Leuten regelmäßig getroffen. Wir sind zum Beispiel auch 2005 und 2006 zu Protesten nach Berlin gefahren, gegen die Rentenreform und so, oder auch in eine andere Großstadt unserer Region.

Was denkst du, waren die Proteste ein Erfolg?

In gewisser Weise waren sie ein Erfolg, weil sich die Menschen für ihre Interessen eingesetzt haben. Es gab auch mehrere große Demos in Berlin. Die Teilnahme ließ nach, als sich abzeichnete, dass eine Verhinderung der Gesetze nicht möglich sein würde. Es wurden nur marginale Verbesserungen erreicht, z. B. dass erstmals ab 1. Januar 2005 die Gelder ausgezahlt wurden. Wolfgang Clement, damals SPD-Arbeitsminister, wollte, weil Arbeitslosengeld und -hilfe zuvor zum Monatsende gezahlt wurde und jetzt Hartz IV am Monatsanfang, für Januar 2005 kein Geld zahlen, weil die Betroffenen ja noch von Ende Dezember Geld hätten.
Es war in jedem Fall gut, dass sich so viele gefunden hatten, die bereit waren zu protestieren. Und es gab auch Solidarität von Leuten, die selbst nicht betroffen waren. Es gab ein Bewusstsein, dass die Reformen nicht nur die Arbeitslosen betreffen, sondern die ganze Gesellschaft.

Was berichten die Menschen, die du kennst, wenn sie Hartz IV erhalten?

Es ist deprimierend, Hartz IV zu erhalten. Man muss alle Vermögensverhältnisse preisgeben und tiefe Einblicke in das Privatleben gestatten, wenn man Hartz IV erhalten möchte. Zugleich wird einem das Gefühl vermittelt, selbst Schuld an der Arbeitslosigkeit zu sein – angefangen von den meisten Mitarbeitern der Jobcenter über viele Kontakte im privaten Umfeld bis hin zu der allgemein verbreiteten öffentlichen Meinung. Diese wurde immer mehr zu Ungunsten von Hartz-IV-Empfängern und allgemein der ärmeren Bevölkerungskreise verschoben.

Die Hartz-IV-Bescheide sind sehr intransparent gestaltet und schwer nachzuvollziehen. Oft hilft es nur, Widerspruch einzulegen und notfalls bis vor das Sozialgericht zu gehen. In vielen Städten haben sich Leute gefunden, die Hartz-IV-Empfänger dabei unterstützen.

Das Land ist sozial kälter geworden. Viele haben sich in das Private zurückgezogen, keine Anträge gestellt, damit der Staat nicht privat Einblicke erhält. Alleinerziehende mit Kindern haben oft am Monatsende nicht mehr genug Geld für die Kinder, da Kindergeld auf Harz IV angerechnet wird. Für Teilhabe am kulturellen und sportlichen Leben müssen Eltern für die Kinder Anträge stellen, bei Klassenfahrten extra… Wenn Kinder daran teilhaben wollen, so erfahren es auch Dritte, dass sie Hartz beziehen. Armut wird zur Alltäglichkeit. Wenn ein neuer Partner in die Familie kommt, bleiben sie oft getrennt wohnen, damit beide die volle Leistung erhalten und keine Bedarfsgemeinschaft[26] entsteht.

Montagsdemonstration München August 2004

Hat die Regierung das erreicht, was sie erreichen wollte?

Auf jeden Fall. Ein großer Niedriglohnsektor ist entstanden, Arbeitslose sind gezwungen, Jobs anzunehmen, die unterhalb ihres Qualifikationsniveaus liegen. Es gilt: Sozial ist, was Arbeit schafft. Ob der Lohn ausreichend ist, um die Lebensbedürfnisse zu befriedigen, ist zweitrangig. Von der Rente,

26 Mit dem neuen Arbeitslosengeld II (Hartz IV) wurde auch die Konstruktion von Bedarfsgemeinschaften geschaffen. Von Menschen, die zusammenleben – egal ob verheiratet, verwandt oder Lebenspartner - wird verlangt, dass sie sich gegenseitig finanziell unterstützen. Die Hartz IV-Leistungen sind dann generell geringer oder werden sogar ganz gestrichen.

die nach einem solchen Arbeitsleben herauskommt, ganz zu schweigen. Auch Menschen, die noch einen festen Job haben, haben Angst bei Arbeitslosigkeit nach einem Jahr in Hartz IV zu landen. Sie sind deshalb gegenüber den Arbeitgebern zu mehr Kompromissen bereit. Die Gewerkschaften vertreten kaum offensiv die Interessen der Beschäftigten und denken noch in den Kategorien der Sozialpartnerschaft. Die Meinung, Arbeitslose seien zu faul zum Arbeiten und selbst schuld, ist weit verbreitet.

Rüsselsheim Oktober 2004

Gibt es heute noch Proteste gegen Hartz IV?

In meiner Stadt wurden die Proteste, wenn ich mich recht erinnere, im Verlauf des Jahres 2005 eingestellt. In anderen Städten gab es noch länger Proteste. Der Protest gegen Hartz IV äußert sich in vielen Widersprüchen und Klagen, er hat sich individualisiert. Es gibt aber vor Ort Menschen, die Hartz-IV-Bezieher bei Auseinandersetzungen mit den Jobcentern unterstützen. Der Verein Tacheles[27] gibt regelmäßig einen Newsletter heraus mit Hinweisen zu Änderungen und Auslegungen bei Hartz-IV.

Dankeschön für das Interview!

---

27 Der Verein „Tacheles“ existiert seit 23 Jahren und ist eine Selbsthilfeinitiative von Arbeitslosen und Hartz IV-Empfängern. Sie sind deutschlandweit bekannt geworden für ihre kämpferischen Aktionen, rechtliche Unterstützung und ihre öffentlich klare Positionierung für die Empfänger von Sozialleistungen.

„Es reicht! Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag!“ - Die Proteste 2003/2004

All die Kürzungen der Sozialleistungen, die Entlassungen in den Betrieben und die allgemeinen Angriffe auf die Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst blieben nicht ohne Gegenantwort.

Eine Demonstration am 1. November 2003 in Berlin, die von vielen Betriebsaktivist*innen und Menschen verschiedener linker Gruppen organisiert wurde und nicht den Segen der Spitzenleute der Gewerkschaftsapparate hatte, war ein großes Ereignis. Überraschend und sogar für die Organisator*innen unerwartet kamen 100.000 Menschen auf den Alexanderplatz, um gegen die Sozialkahlschlag zu protestieren.

Ab Frühjahr 2004 brachen die großen Proteste gegen Hartz IV aus und durchzogen mit den „Montagsdemonstrationen“ insbesondere Ostdeutschland. In über 200 Städten gab es diese Demonstrationen.
Aber die Wut reichte nicht, um sich auch zu organisieren und gemeinsam – auf der Straße und in den Betrieben – die Gegenwehr zu organisieren. Die Hartz-Reformen konnten nicht verhindert werden. Daran war nicht zuletzt die Weigerung der Gewerkschaftsspitzen schuld, die Proteste zu unterstützen und auszuweiten. Auch ist es nicht zu Streiks gegen Hartz IV gekommen, die neben dem politischen Druck auch ökonomischen Druck hätten aufbauen können. Auch wenn es gegen die vielen Betriebsschließungen Anfang der 2000er einige Streiks gegeben hat, viele sind nur lokal bekannt geworden. Aber manche haben es sogar in die bundesweite Presse geschafft: der „wilde“ Streik bei Opel 2004, der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte in Berlin, in dem die Streikenden Verbindungen zu anderen Betrieben in der Bundesrepublik gesucht und gefunden haben oder der Arbeitskampf bei AEG in Nürnberg oder andere.

Insbesondere der 6-tägige wilde Streik bei Opel in Bochum hatte das Potential die Republik zu verändern. Mitten in der Bewegung gegen die Hartz-Gesetze, die zwar mit vielen Menschen aber ökonomisch wenig machtvoll durch die Straßen demonstrierte, zeigte die Opel-Belegschaft im Ruhrgebiet, wie verwundbar die Unternehmen durch die Waffe des Streiks immer noch sind. Durch den Streik in Bochum drohte in allen europäischen

Opel-Werken die Produktion still zu stehen. Statt Arbeitsplätze abzubauen und Menschen in die unsichere Perspektive der Erwerbslosigkeit zu schicken, schien die Macht der Bosse plötzlich durch die Betroffenen begrenzt, schien es möglich Arbeitsplatzabbau zu verhindern. Das Unternehmen, der Staatsapparat und die gewerkschaftliche Bürokratie brauchten eine Woche, um die Streikenden unter vagen Versprechungen wieder zur Arbeit zu bewegen.

Opel Bochum Oktober 2004 - Streikende blockieren das Werk

Wäre der Streik in Bochum erfolgreich gewesen, hätte er als Vorbild für viele andere Belegschaften und auch für die Bewegung gegen die Hartz-Gesetze wirken können. In dieser Woche Streik kamen Tausende von Menschen aus dem Ruhrgebiet vorbei, um ihre Solidarität zu zeigen und sahen noch viel mehr Menschen überall in Deutschland mit Spannung und Sympathie auf Bochum.

Auch wenn es nicht im ersten Anlauf gelungen ist, den Sozial- und Arbeitsplatzabbau zurück zu schlagen, Widerstand ist möglich, das haben die Proteste gezeigt. Und die einzelnen – zugegebenermaßen kleinen, aber doch oft genug erfolgreichen – Versuche, eine Brücke zu schlagen zwischen Arbeitskämpfen und Protesten der Erwerbslosen haben nicht nur die, die selbst dabei waren, nachhaltig beeindruckt.

Streik bei Opel Bochum Oktober 2004 - am Tor 1

Die Niederlage der Bewegung gegen Hartz IV hat viele Betroffene vorerst mit ihrem Schicksal alleine gelassen. Erwerbslosigkeit führt für viele noch immer eher zu einem Rückzug aus der Öffentlichkeit, zu Scham, zu verstärkter „persönlicher Anstrengung“, zu miserablen und prekären Arbeitsverhältnissen und nicht zuletzt zum Rennen im Hamsterrad der Hartz-Bürokratie. Statt einer Massenbewegung blieb es Aktivist*innen meist auf kommunaler Ebene überlassen, mit einzelnen Aktionen vor allem aber mit der praktischen Unterstützung von Betroffenen bei Behördengängen gegen die Arbeitsagenturen und die Hartz-Gesetze zu kämpfen.

Grundlegende Verbesserungen an den Hartz-Gesetzen hat es – trotz einzelner kosmetischer Reformen – seit 2004 nicht gegeben und das ist von Seiten aller Bundestagsmehrheiten der letzten Jahrzehnte auch gar nicht anders gewollt. Schlimmer noch, einige Gesetzesänderungen der letzten Jahre brachten sogar Verschärfungen für Harz IV-Empfänger*innen und mehr Ermessensleistungen, also Leistungen, auf die kein Anspruch besteht, die vom Wohlwollen des Sachbearbeiters oder der politischen Windrichtung abhängen. Gerade daher bleibt die Erkenntnis vom Sommer und Herbst 2004 wichtig, dass ein Ende der Hartz-Gesetze und der Kampf um menschenwürdige Arbeitsplätze für alle nur auf der Straße und vor allem in den Betrieben erkämpft werden kann.

Wer wir sind und was wir wollen

Die Welt, in der wir heute leben, bietet enorme Möglichkeiten: Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung aller technischen Möglichkeiten sowie des gesamten menschlichen Wissens kann allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern. Doch Sozialabbau, schlechter werdende Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit und Unternehmerwillkür sind Alltag. Hunger, Krieg und Umweltzerstörung werden von vielen Menschen auf der Welt alltäglich erlebt. Ursache dafür ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Um den verschiedensten Problemen etwas entgegensetzen zu können, müssen wir kämpfen. Streiks und Massenproteste sind die einzigen Mittel um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Gewerkschaftsführungen und Parteien, wie DIE LINKE oder SPD haben sich diesem notwendigen Kampfprogramm nicht verpflichtet. Auch Probleme wie Rassismus, Frauenunterdrückung und jede andere Art von Diskriminierung müssen wir bekämpfen. Nur die Einheit der verschiedenen unterdrückten Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse kann die Mächtigen in ihre Schranken verweisen. Wir müssen uns organisieren und den sozialen Konflikten eine kämpferische Perspektive geben, die keine Grenzen kennt. Zu diesem Zweck müssen wir uns auch international organisieren.

Die Arbeiterklasse muss sich eine unabhängige Partei schaffen, um ihre Interessen politisch durchzusetzen.

Es ist längst überfällig, den Kapitalismus zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der die Menschen international und friedlich zusammenarbeiten und in der sowohl Produktion als auch Verteilung der Ressourcen unter demokratischer Kontrolle der Arbeitenden dieser Welt stehen. Hierfür ist eine Revolution der ArbeiterInnen aller Länder nötig. Dafür kämpfen wir!

Die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO) ist eine antikapitalistische Gruppe in der Tradition des Trotzkismus. Wir sind für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei in Deutschland und der IV. Internationale in der Welt.

www.sozialismus.click 1 EUR